

Klima ist noch stark von einem *Geist der Konkurrenz* um möglichst viele Bekehrungen zur jeweils eigenen kirchlichen Gemeinschaft bestimmt. Kooperationen bestehen auf dem Gebiet der Bibelarbeit in der Form einer gemeinsamen ökumenischen Bibelübersetzung und Zusammenarbeit im Bibelapostolat über Rundfunk und anderen Medien. Auch auf dem Sektor von Universitäten und Instituten gibt es Begegnungen und gemeinsame Projekte.

Wenn im Ausland von einem eigenständigen Beitrag Koreas zu einer inkulturierten Theologie die Rede ist, fällt meist der Name der Minjung-Theologie. Als Theologie des „einfachen Volkes/der unterdrückten Volksgruppen der Bauern und Fischer“ (= Minjung) wird diese Theologie als die koreanische Form einer Befreiungstheologie im Rahmen der verschiedenen Dritte-Welt-Theologien hoch angesehen. In der Zeit der Militärdiktatur mit ihren vielfältigen Menschenrechtsverletzungen hat Minjung sich zweifellos als die Stimme der Stummen und an den Rand Gedrängten verstanden. Die politischen Änderungen der vergangenen Monate haben sichtbar gemacht, was sich schon in der eher moderaten Regierungszeit des Präsidenten Roh Tae Wooh abzeichnete, daß die Minjung-Theologen nämlich nur eine *Minderheit* der koreanischen protestantischen Christen und noch weniger die katholischen Christen repräsentieren.

Die politischen Veränderungen haben bisher zwar kaum die bestehenden sozialen Spannungen und das Gefälle in der Einkommensstruktur der koreanischen Bevölkerung beeinflußt, so daß für Minjung-Theologen, die sich prophetisch für größere soziale Gerechtigkeit einsetzen, durchaus noch Raum besteht. Innerhalb der christlichen Kirchen in Korea sind aber

die Angehörigen der Mittelschichten immer mehr die vorherrschende Gruppierung geworden. Dies hat zur Folge, daß die von der Minjung-Theologie geförderten Gemeinschaften sich in den etablierten Kirchen immer stärker als *Randgruppen* erleben. Der Verlust des direkten Feindbildes und der Verfolgung durch die Regierung als kommunistische Sympathisanten zwingt die Minjung-Theologen, ihre Rolle in der sich stark ändernden Gesellschaft Koreas neu zu bedenken. In ihrem besonderen Kontext teilen die Minjung-Theologen die Verunsicherung, die der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Osteuropa für die gesamte Dritte-Welt Theologie gebracht hat.

Auch für die *katholische Menschenrechtsbewegung* brachte die veränderte politische Konstellation die Notwendigkeit mit sich, ihre Ziele und Strategien neu zu bedenken. In den Jahren der Militärdiktatur hat die katholische Kirche, genauer gesagt einige ihrer Vertreter, die sich für die Belange der Bauern, Fischer und Industriearbeiter und generell für die Menschenrechte einsetzen, sich einen guten Ruf als Anwalt der Armen und Schwachen erworben. Eine Reihe von Priestern, einzelne Bischöfe wie *Daniel Tji Hak Soun* von Wonju, und viele Laien haben mit Gefängnisaufenthalt für ihren Widerstand gegen Übergriffe der Regierung und ihren Einsatz für die Menschenrechte bezahlen müssen. Mit der Machtübernahme der neuen Regierung hat sich das Klima auch hier bedeutend entspannt. Es ist fast symbolisch, daß mit Bischof Tji, der am 12. März 1993 starb, die Leitfigur des kirchlichen Widerstands gegen Diktatur und gegen Menschenrechtsverletzungen verschwand, und sein Tod so das Ende einer Ära bezeichnet.

Georg Evers

Kurzinformationen

EKD-Stellungnahme zur Menschenrechtsdiskussion

Anläßlich der Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien Mitte Juni (ein ausführlicher Bericht dazu ist für das August-Heft der Herder-Korrespondenz vorgesehen) hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Stellungnahme der Kammer für Kirchlichen Entwicklungsdienst veröffentlicht mit dem Titel: „Menschenrechte im Nord-Süd-Verhältnis“. Die 15seitige Erklärung widmet sich dabei

drei Problembereichen: der Verhältnisbestimmung von politischen und wirtschaftlich-sozialen Rechten, dem internationalen Schutz der Menschenrechte und der Förderung der Menschenrechte durch eine Demokratisierung der Gesellschaften in der Dritten Welt („Schaffung zivilgesellschaftlicher Strukturen“). Da, wie gerade im Vorfeld der Weltkonferenz deutlich wurde, der Konflikt über Menschenrechtsfragen zwischen Nord und Süd zu eskalieren drohe, fordert die Stellungnahme auch die Industrienationen zu einer kritischen Sichtung ihrer Menschenrechts-

konzeption und -politik auf. Als Leitfragen werden vorgeschlagen: Orientiert sich die Entwicklungspolitik ausschließlich an bürgerlich-politischen Rechten? Werden Menschenrechtsstandards in anderen Ländern unabhängig von eigenen wirtschaftlichen Interessen angewandt? Ist gewährleistet, daß nicht das Entstehen einer neuen Interventionspolitik begünstigt wird? Wie läßt sich internationale Menschenrechtspolitik so gestalten, daß sie mehr der Förderung gesellschaftlicher Strukturen dient, die eine Selbstkontrolle von innen erleichtern?

Kirchen sprechen sich gegen neue französische Einwandererpolitik aus

Die ersten großen Gesetzesvorhaben der neuen bürgerlichen Regierungsmehrheit in Frankreich betreffen eine Reihe die Stellung der Ausländer im Lande verändernde Fragen: Staatsangehörigkeit, Einwanderung, Identitätskontrollen. Im Zusammenhang mit dem Vorantreiben der entsprechenden Gesetzentwürfe durch den zuständigen Innenminister *Charles Pasqua* kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen mit den christlichen Kirchen, die sich in den letzten Wochen verschiedentlich warend zu Wort meldeten. Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Kirchen im Anschluß an eine Erklärung des Bischofs von Saint-Étienne und Vorsitzenden der Kommission der Französischen Bischofskonferenz für Migrationsfragen, *Pierre Joatton*. Bischof Joatton bezeugte darin den Ausländern gegenüber seine Solidarität, da die neue Gesetzeslage den Eindruck erwecken könne, man sehe in ihnen die Ursache für alles im Lande, was schief laufe. Man brauche die Ausländer, um in Frankreich wie auch in anderen Ländern „eine friedvolle und brüderliche Zukunft im Respekt vor der Würde und Freiheit jedes Menschen vorzubereiten“. Innenminister Pasqua, ein praktizierender Katholik und bekannt für seinen Einsatz für Ordnung und innere Sicherheit, verbat es sich daraufhin in gereiztem Ton, ihm Regeln der Moral in Erinnerung rufen zu wollen. Bischof Joatton wie auch Pastor *Jacques Stewart*, Präsident der „Fédération protestante de France“ und Kopräsident des Rates der christlichen Kirchen, dem auch die katholische Kirche angehört, kritisierten in Interviews wiederholt die Schnelligkeit, mit der die neue Regierung diese Gesetzesvorhaben betreibe (vgl. Stewart in: *Le Monde*, 25.5.93); Joatton in: *La Vie*, 27.5.93). Bischof Joatton äußerte auch, man könne den Eindruck gewinnen, als gälten alle Einwanderer als „verdächtig“. Innenminister Pasqua bekräftigte unter

die Entschlossenheit der Regierung Baladur, auf dem einmal eingeschlagenen Weg fortzufahren und angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage des Landes zu einer „Null-Einwanderung“ zu kommen: „Frankreich ist ein Einwanderungsland gewesen, aber Frankreich will dies nicht mehr sein. Das Land verfügt dazu nicht über die erforderlichen Mittel“ (vgl. *Le Monde*, 2.6.93).

Papstbesuch in Spanien zum Abschluß des Eucharistischen Weltkongresses

Zum vierten Mal seit Beginn seines Pontifikats kam Johannes Paul II. nach Spanien: Vom 12. bis zum 17. Juni hielt er sich in Andalusien und in Madrid auf. Höhepunkte des Besuchs, der eine Woche nach den Parlamentswahlen vom 6. Juni begann, waren der Abschluß des 45. Eucharistischen Weltkongresses in Sevilla und die Einweihung der Almudena-Kathedrale in Madrid. Madrid, erst seit 1885 Sitz eines Bischofs, verfügte bislang über keine große Kathedrale. An der jetzt vom Papst geweihten Riesenkirche direkt neben dem Madrider Königspalast am Rande des „Madrid der Habsburger“ wurde über ein Jahrhundert mit diversen Unterbrechungen gebaut. Der Erzbischof von Madrid, Kardinal *Angel Suquía*, hatte sich massiv für die Fertigstellung des Bauwerks eingesetzt. Johannes Paul II. besuchte Spanien in einer Phase, in der sowohl politisch wie kirchlich die Karten neu gemischt werden: Die sozialistische Partei von Ministerpräsident *Felipe González* blieb am 6. Juni stärkste Partei, verlor aber die absolute Mehrheit der Sitze in den Cortes; die Bischofskonferenz wählte dieses Frühjahr eine neue Führungsspitze mit dem Erzbischof von Zaragoza, *Elias Yanes*, als neuem Vorsitzenden (vgl. HK, April 1993, 170). Yanes war nicht der Wunschkandidat des Papstes; seine Äußerungen zur gesellschaftlichen und religiösen Situation Spaniens sind nicht so negativ gefärbt wie die seines Vorgängers Suquía. Johannes Paul II. selber zeichnete in

Predigten und Ansprachen während seines Spanienbesuchs ein düsteres Bild einer durch fortschreitende Säkularisierung geprägten Gesellschaft und brachte die verschiedenen Krisenerscheinungen vom Drogenproblem über den Verfall der Moral bis zur Arbeitslosigkeit mit dem Glaubensschwund in Verbindung. Die Bischöfe rief er dazu auf, die kirchliche Lehre nicht zu verdunkeln und auch die Punkte der göttlichen Offenbarung nicht zu verschweigen, die von der heute vorherrschenden kulturellen Sensibilität nicht akzeptiert würden. Johannes Paul II. lobte die Fortschritte Spaniens in der Verwirklichung eines demokratischen Systems und forderte die Katholiken auf, sich politisch zu engagieren; es brauche eine große und wirkungsvolle katholische Präsenz im öffentlichen Leben.

Kardinal Bernardin zur Friedensethik der 90er Jahre

Zehn Jahre nach der Verabschiedung des vielbeachteten Friedensshirtenworts der US-Bischöfe (vgl. HK, Juni 1983, 255 ff.; Juli 1983, 311 ff., 316 ff.) äußerte sich der Vorsitzende der damals für die Abfassung des Hirtenschreibens verantwortlichen Kommission der US-amerikanischen Bischofskonferenz, der Chicagoer Erzbischof Kardinal *Joseph Bernardin* zum Stand der Friedensdiskussion angesichts der veränderten weltpolitischen Lage (Wortlaut in: *Origins*, 20.5.93, S.1 ff.). Die friedensethische Diskussion der 80er Jahre charakterisiert Bernardin als eine Debatte über die sittliche Erlaubtheit von bestimmten militärischen Mitteln, sprich: der Nuklearwaffen. Diese Fragestellung habe sowohl mit der spezifischen Struktur *katholischer Sozialethik* zu tun als auch mit den spezifischen *Eigenschaften der Nukleardebatte*. Auf der friedensethischen Tagesordnung der 90er Jahre sieht Bernardin, der auch Mitglied einer Kommission ist, die für die Vollversammlung der US-Bischofskonferenz im November dieses Jahres eine Erklärung zu diesem Thema vorbereitet, drei For-

derungen: „*Politischer Ethik*“ solle der Vorrang vor „strategischer Ethik“ eingeräumt werden. Innerhalb des Primats politischer Ethik müsse jedoch mit neuer Intensität der Frage nach *Rüstungskontrolle* nachgegangen werden. Als dritte Fragestellung nennt Bernardin den Handel mit konventionellen Waffen unter und mit Entwicklungsländern. Er meldet Zweifel an, ob zwei von sieben in der Debatte der 80er Jahre viel genannten Kriterien für die Erlaubtheit eines sogenannten „gerechtfertigten Krieges“ im Falle des Golfkrieges eingehalten worden seien: die *Verhältnismäßigkeit der Mittel* sowie das Kriterium, alle anderen denkbaren Mittel zur Konfliktbeilegung ausgeschöpft zu haben. Friedensethischen Klärungsbedarf sieht Bernardin in bezug auf folgende Fragen: Rechte und Grenze nationalstaatlicher Souveränität, Zerstörung von Wohnraum und Infrastruktur, Wirtschaftssanktionen, Waffenembargos, die Verweigerung humanitärer Hilfen zum Erreichen militärischer Ziele, systematische Vergewaltigungen von Frauen, die „Versuchung des Isolationismus“, Einsatz von Militär im Rahmen internationaler polizeiähnlicher Befriedungsaktionen. In dem Zusammenhang erwähnt er auch die neuartige Rolle internationaler

Institutionen wie etwa der Vereinten Nationen.

Südafrikanische Bischöfe zur gefährdeten demokratischen Entwicklung in ihrem Land

Zur Entwicklung demokratischer Verhältnisse in ihrem Land haben die katholischen Bischöfe Südafrikas in einem bemerkenswerten und vielbeachteten Hirtenbrief Stellung genommen, der am Sonntag nach Ostern in den Kirchen des Landes verlesen wurde (Wortlaut in: Frankfurter Rundschau, 7.5.93; Weltkirche 4/1993, 102 ff.). Der Hirtenbrief richtet sich an eine Gesellschaft, die angesichts der zunehmenden inneren Unsicherheit des Landes den Glauben an eine grundlegende Befriedung mit Hilfe einer grundlegenden Demokratisierung zu verlieren droht. Eine demokratische Verfassung und Regierung sei – so die Bischöfe – der kürzeste Weg zum Frieden. Die Demokratie werde zwar keine Garantie für eine gute Regierung sein, aber eine solche möglich machen. Die Demokratie werde auch die sozialen Verhältnisse des Landes nicht von einem auf den ande-

ren Tag verbessern, aber man hoffe, daß sie ein Klima schaffen werde, in dem diese Probleme in Angriff genommen werden könnten. Die Bischöfe halten „die Demokratie für den besten Weg, um eine wirklich menschliche Gesellschaft zu errichten, die die Würde eines jeden schützt und fördert“. Der schlimmste Feind der Demokratie sei die Gleichgültigkeit. Jeder Versuch, den Übergang zur Demokratie zu blockieren oder zu verlangsamen, bezeichnen die Bischöfe als „moralisch verwerflich, weil er zunehmende Gewalt, sozialen Niedergang und wirtschaftlichen Ruin verursachen wird“. Sie bekennen sich zu der für moderne Demokratien erforderlichen Trennung von Staat und Kirche, reklamieren aber für die Kirche und die Priester das Recht, sich zu „Fragen der Gerechtigkeit“ zu äußern, selbst wenn dies politische Fragen seien. Über weite Strecken liest sich der Hirtenbrief wie ein engagiertes Werben für die Vorzüge der Demokratie; er informiert über die Strukturen und Mechanismen demokratischer Willensbildung und Staatsführung. Verschiedentlich beziehen sich die Bischöfe ausdrücklich auf entsprechende Äußerungen anderer afrikanischer Bischofskonferenzen.

Bücher

HARRY M. KUITERT, Ich habe meine Zweifel. Eine kritische Auslegung des christlichen Glaubens. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1993. 309 S. 48,- DM.

Es ist sehr zu begrüßen, daß dieses Buch des reformierten niederländischen Theologen Kuitert ins Deutsche übersetzt wurde. „Der allgemein bezweifelte christliche Glaube“ (so der Titel des niederländischen Originals) ist ein Glaubensbuch besonderer Art: Kuitert gelingt es, in einer von jahrzehntelanger theologischer Arbeit gesättigten,

aber gleichzeitig alltagsnahen und nüchternen Diktion die Grundfragen bzw. -themen des christlichen Glaubens zu erschließen; er beherrscht die Kunst der Elementarisierung, ohne dabei zu simplifizieren. Kuitert spielt in zweierlei Hinsicht mit offenen Karten: Zum einen verzichtet er bewußt darauf, den christlichen Glauben durch eine modisch-gefällige Einkleidung oder durch Relativierung seines Anspruchs zweifelnden bzw. der Tradition entfremdeten Zeitgenossen nahezubringen. So wendet er sich gegen eine bloße „Jesuslogie“, die zwar noch erzählen könne,

wozu Jesus gut, aber nicht mehr, warum er notwendig sei, und verteidigt die Vorstellung von der Versöhnung als dem „sauren Apfel“ des Christentums. Zum anderen hält er aber mit kritischen Anfragen an die christliche Glaubenstradition nicht hinter dem Berg, insistiert darauf, daß Tradition ein „Suchprojekt“ ist: „Christliche Wahrheit ist keine absolute Wahrheit, sie läßt sich verbessern und verträgt sachgemäße Kritik“ (S.40). Kuiterts Buch ist von großer Ehrlichkeit geprägt, von der Einsicht, daß wir die großen Worte, Begriffe und Verheißungen des christli-